

Öl als Rentenquelle und Fluchtursache

Über langfristige globale Umverteilungstendenzen

von Michael Blume

Der Autor ist promovierter Religionswissenschaftler, Blogger, Buchautor und dreifacher Familienvater. In *ef* 154 schrieb er zuletzt über „Demographie: Vater Staat und keine Kinder“.

Foto (Lager) von Michael Blume

Die Augen der Kinder leuchteten nicht, wie Kinderaugen leuchten sollten. Sie hatten Dinge gesehen, die kein Kind je sehen sollte – enthemmte Gewalt und Angst, den Verlust von Mitmenschen, Heimat und Sicherheit. Die „Glücklicheren“ unter ihnen waren noch mit überlebenden Angehörigen zusammen und lebten seit Monaten in hastig errichteten Zelten, Containern oder aufgegebenen Rohbauten. Und wenn wir mit ihnen sprachen, sie nach ihren Wünschen befragten, so gab es immer und immer wieder die eine Antwort: „Schule!“ Diese Kinder und ihre Eltern hatten verstanden, dass Bildung ihre einzige, täglich verdämmende Chance auf eine gute Zukunft war – und die einzige Art von Eigentum, die man ihnen nicht rauben konnte.

Das ganze Ausmaß des Schreckens ließ sich erst von den Bergen her überblicken. Ich sah die hastig errichteten weißen Container der internationalen Hilfsorganisationen in den „offiziellen“ Lagern wie auch die ärmlichen Zelte der vielen „wilden Lager“, die sich wie Strandgut an Orte und Wegkreuzungen klammerten. Hunderttausende Opfer der Blitzoffensive des sogenannten Islamischen Staates (IS), den Araber, Kurden und Türken gleichermaßen abfällig nach seinen arabischen Buchstaben als „Daesh“ – Zwiebrat – bezeichnen, hatten hier Schutz vor der mörderischen Terrormiliz gesucht. Zu den rund fünf Millionen Einwohnern der Autonomen Region Kurdistan-Irak waren innerhalb von Tagen über zwei Millionen Flüchtlinge hinzugekommen. Die fast kampflose Eroberung der irakischen Millionenstadt Mossul hatte den vorläufigen Höhepunkt der IS-Expansion gebildet und die Schwäche des zerfallenden Nationalstaates offengelegt: Sunnitische Soldaten hatten nicht für eine schiitische Regierung in Bagdad sterben wollen, ihre schiitischen Kameraden nicht für eine sunnitische Stadt und die Kurden nicht für eine arabisch dominierte Region. Die häufig korrupten Offiziere waren zuerst getürmt, und am Ende fielen der Terrormiliz Waffen, Geräte und Bankschätze in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar fast kampflos in die Hände.

Aber auch die kurdischen Peschmerga hatten die Ebenen von Shingal über Nacht geräumt und Abertausende Zivilisten zurückgelassen, die Ölfelder von Kirkuk aber tapfer und erfolgreich verteidigt. Im Angesicht des vor uns sicht-

baren Leides fragte ich den kurdischen Funktionär neben mir, wie es dazu hatte kommen können. Voller Bitterkeit erwiderte er, für uns „reiche Europäer“ sei es sehr einfach, „hochmoralisch“ daherzureden. „Wenn Daesh die Ölfelder der Region erobert hätte, wärt ihr doch die ersten, die gemeinsam mit den Amerikanern den IS samt Kalifen offiziell anerkennen würdet! Ihr seid süchtig nach Öl und stützt deswegen ja auch das Regime in Saudi-Arabien, obwohl es kaum weniger intolerant und brutal ist – und obwohl es Fundamentalisten und Terroristen in aller Welt fördert!“

Rentiersregime fördern Fundamentalismus und Gewalt

Dass die Verteilung von Einkommen einen starken Einfluss auf Macht und Werte haben würde, hätte mich als Liberalen kaum verwundern sollen. Doch tatsächlich staunte ich während des Einsatzjahres im Irak über die Erklärungskraft der schon klassischen, aber leider noch immer wenig bekannten Rentierstaatstheorie aus den Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Wenn Eliten anstrengungslose Einkommensquellen – Renten – erschließen könnten, so werden sie demnach autoritäre Regime errichten, verbündet mit Militär und Geheimdiensten sowie mit religiösen Fundamentalisten, die ihnen gegen Geld „Gottesgnadentum“ bescheinigen und liberale sowie demokratische Stimmen verdammen. „Keine Steuer ohne Mitbestimmung!“ hatten die amerikanischen Revolutionäre der Boston Tea Party der englischen Monarchie entgegengerufen. „Keine Steuer, keine Mitbestimmung“ lautet die zynische Erwidering heutiger Öl- und Gasherrscher in Eurasien, Afrika und Teilen Amerikas. Das Kapital wird in Rentierstaaten entsprechend klientelistisch entlang von Verwandtschaft und Allianzen „von oben nach unten“ verteilt, Leistung, Bildung und freies Unternehmertum dagegen behindert, ja abgewürgt. Und mangels friedlicher Alternativen greifen oppositionelle Bewegungen schließlich auch zur Gewalt – um unter dieser oder jener Ideologie einen Regimewechsel mit dem bestenfalls kosmetischen Austausch der Rentierseliten anzustreben.

Im Nahen und Mittleren Osten haben sich all diese Annahmen als wahr erwiesen: Der Sturz von Gaddafi oder Saddam Hussein hatte keine multiethnischen Demokratien,



Wie Strandgut: Das Flüchtlingslager Dohuk

sondern Bürgerkriege zwischen ölhungrigen Milizen hervorgebracht.

In der Qaida-Abspaltung von Daesh hatten sich verdrängte Offiziere der Baath-Partei – einst vom Westen gegen den Iran ausgebildet und bewaffnet – mit von den Rentenquellen abgeschnittenen und entsprechend frustrierten und fanatisierbaren Sunniten zusammengefunden. Jungen Freiwilligen von nah und fern (wie sie in den 1930er Jahren auch zu Zehntausenden in den spanischen Bürgerkrieg gezogen waren) wurde nicht nur die Verheißung eines „Staates“ mit Renten- und Machtpositionen verheißen, sondern auch die Aussicht auf Ehefrauen und Sklavinnen als „Kriegsbeute“.

Schnell hatten auch Strukturen der organisierten Kriminalität die Rentenquellen entdeckt und den Ölschmuggel aus den IS-Gebieten über Syrien und die Türkei organisiert, komplett mit dem Einkauf auch dortiger Staats- und Regierungskräfte. Erst nach den Terroranschlägen von Paris hatten sich die USA immerhin entschieden, endlich auch IS-Tanklaster anzugreifen, die ungeniert das „schwarze Gold“ des Daesh-Kalifen an die türkischen, kurdischen und syrischen Zwischenhändler lieferten.

Und selbst noch inmitten des längst ausufernden Bürgerkrieges zeigten sich auch die formal nationalstaatlichen, schiitischen und kurdischen Eliten des Irak nicht einmal in der Lage, sich auf die Verteilung der Öleinnahmen zu ei-

nigen – was monatelange Budget- und Gehaltsausfälle für Beamte und Soldaten, entsprechend hohe Korruption und geringe Kampfkraft mit sich brachte.

Die mit dem Westen „verbündeten“, sich panisch an ihre Rentenquellen klammernden Ölscheichs der arabischen Halbinsel schlossen dagegen ihre Grenzen für Flüchtlinge und finanzierten gleichzeitig sunnitische Truppen nicht nur in Syrien und dem Irak, sondern auch im – längst ebenfalls zerfallenden – Jemen gegen die schiitische und inzwischen auch russische Konkurrenz. Auch dass gleichzeitig zur geheutelten „Verurteilung des Terrors“ Menschenrechtler wie Raif Badawi in saudi-arabischen Kerkern landeten und mit Folter und Todesstrafen belegt wurden, vermochte am westlich-arabischen Ölbündnis bislang wenig zu ändern. Gerne wird unter Kurden gewitzelt, der ohnehin einzige Unterschied zwischen Saudi-Arabien und dem IS sei, dass Frauen in Letzterem immerhin Auto fahren dürften.

Die Flüchtlingskrise als Problem des „Islamischen Staates“

Die Schließung von nationalstaatlichen Grenzen für Flüchtlinge nicht nur durch arabische Staaten ist dabei ganz im Sinne des IS. Denn nach seiner Ideologie sollten eigentlich alle Muslime in das wiedererrichtete „Kalifat“ strömen, sollten zudem „Ungläubige“ übertreten, „Schutzsteuer“ zahlen oder vernichtet werden. Dass stattdessen auch Milli-

Wenn wir das auch medizinische Elend andauern lassen, könnten wir weltweit in absehbarer Zeit mit multiresistenten Krankheitserregern zu tun bekommen, gegen die kein Kraut mehr gewachsen ist.

onen von Muslimen vor den schwarzen Fahnen fliehen und Zuflucht bei benachbarten Völkern und sogar Christen in Europa suchen und finden, stellt aus IS-Sicht ein propagandistisches Problem dar. Hinzu kommt ein schnell wachsender Mangel an Fachkräften gerade auch im Ölsektor, zumal die IS-„Schulen“ neben ihrer hasserfüllten Ideologie und Kampftechniken kaum verwertbare Kompetenzen vermitteln. Mit höheren Gehältern einerseits und drakonischen Strafen für Fluchtversuche andererseits versucht die Terrormiliz ihre Beuteökonomie zu stabilisieren.

Propagandistisch bejubelte Daesh daher den Tod von Flüchtlingen – wie das Ertrinken des dreijährigen Alan Kurdi – als „Strafe Gottes“ für die Abwendung vom „Kalifat“. Zudem ruft sie zum aktiven Verüben von Terroranschlägen in westlichen Ländern auf, um bei uns Nationalisten und Islamfeinden Auftrieb zu geben, Grenzsicherungen zu erreichen und Spaltungen zu vertiefen. Wie schon in Syrien und im Irak sollen vor allem sunnitische Muslime in verzweifelte Lagen gestürzt und zu neuen IS-Rekruten gemacht werden. Die Verheißungen von Freiheit, Integrations- und Dialogprozesse werden daher mit allen Mitteln bekämpft.

Auch Flüchtlinge kalkulieren durchaus rational

Für die Millionen von Flüchtlingen in der Region, die zwischen die Fronten der Ölkriege geraten, enteignet und entwurzelt worden waren, schwindet mit jedem Kriegstag und jedem Koalitionswechsel ein weiteres Stück Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in ihre Heimat. Die wiederholte Kürzung der Versorgungsrationen durch eine kurzsichtige „Weltgemeinschaft“ führt zudem zu Hunger und dem Abschmelzen der verbliebenen Ersparnisse, der Ausfall von Perspektiven und Schulen zudem zum absehbaren Wertverlust der einzig verbliebenen und einigermaßen verlässlichen Investition in die Zukunft – der eigenen Nachkommen.

Entsprechend entschlossen sich zunächst Angehörige der Ober- und Mittelschichten zum Versuch, ihre verbliebenen Ressourcen durch eine Flucht nach Europa zu retten. Dann wählten Familien, die sich die Schlepperkosten für alle nicht leisten konnten, junge Männer aus und statteten sie mit den Restmitteln – ohne Rückfahrkarte – aus. Mütter mit Kindern, deren Partner und Väter ermordet worden waren, blieben mittel- und chancenlos zurück.

Und ich wage die Prognose, dass in wenigen Jahren weltweit über die nächste, bereits absehbare Katastrophe geklagt werden wird: In den Lagern der Region kauern inzwischen Millionen psychisch und körperlich angeschlagene und oft schlecht versorgte Flüchtlinge unter bisweilen

extremen klimatischen Bedingungen zwischen Hitze und Frost. Die viel zu geringe Anzahl von Ärzten weiß gegen den Andrang verzweifelter Patienten fast nur noch Unmengen von Antibiotika zu verschreiben, die zudem oft unsachgemäß verwendet, „kombiniert“ und bei zeitweiser Besserung der Symptome auch wieder abgesetzt werden. Schon jetzt zeigen sich mehr und mehr Erreger, die gegen fast alle Antibiotika Resistenzen entwickelt haben. Wenn wir das auch medizinische Elend in dieser Form andauern lassen, könnten wir weltweit in absehbarer Zeit mit multiresistenten Krankheitserregern zu tun bekommen, gegen die kein Kraut mehr gewachsen – entwickelt worden – ist.

Die nationalstaatliche Täuschung

Auch liberale und sogar libertäre Denker fliehen derzeit häufig in die Täuschung, nach der die „alten“ Nationalstaatsgrenzen Flüchtlinge, Terror und Krieg gewissermaßen „aussperren“ könnten. Entsprechend bereitwillig werfen sie sich Rechtspopulisten in die Arme, die einem Ausbau von Armee und Geheimdiensten, wirtschaftlichem Protektionismus sowie einem Abbau von Freiheitsrechten das Wort reden. Doch die Versuche nationalstaatlicher „Kontrolle“ von Waren- und auch Menschenströmen haben in der Vergangenheit Probleme und Kosten nur vergrößert und werden dies auch zukünftig tun. Stacheldrähte und Schießbefehle sind nicht nur menschenfeindlich, sondern gegenüber den tieferen Ursachen von Krieg, Terror und Flüchtlingsströmen auch unwirksam.

Solange wir einerseits Öl und Gas importieren und andererseits Waffen und Luxusgüter exportieren, schaffen wir die Fluchtursachen aus autoritären Rentiersregimen, religiösen Fundamentalismen und Terrormilizen selbst, deren staatlich-militärische „Bekämpfung“ wir dann wiederum einfordern und finanzieren. Wer die Hintergründe der derzeitigen Flüchtlingskrise verstehen will, braucht also keine absurden Verschwörungstheorien, sondern muss einfach den milliardenschweren Strömen der Ölgelder folgen. Doch während alle Welt die Freisetzung von Kohlendioxid durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe beklagt, wird öffentlich kaum verstanden, wie Rentenquellen die kulturelle Evolution von Unternehmertum, Bürgersinn und Freiheitsrechten blockieren und autoritäre Staaten und Terrorgruppen hervorbringen. Für freiheitlich und marktwirtschaftlich Orientierte sollte diese Macht von Eigentumsfragen eigentlich keine große Überraschung sein. Allzu oft frisst Angst auch das Verständnis für Freiheit auf. Wo Freiheit schwindet, erlischt auch die Hoffnung in den Augen der Kinder. ○